

Aufgefallen



Valeriano Di Domenico

Dieses Jahr keine Panini-Bildli

«Es war sehr amüsant mit ihm, wir hatten geistreiche Gespräche, er ist ja noch sehr fit.» Es sind salbungsvolle Worte, welche die Winterthurer Alt-Stadträtin Pearl Pedernana wählt, wenn sie über Sepp Blatter spricht, den zuletzt inflationär kritisierten Ex-Präsidenten des Weltfussballverbands Fifa. Zum Zusammentreffen von Pedernana und Blatter kam es zufällig, Anlass war ein Fest der kantonalen Pro-Senectute-Sektion am Dienstag. Diese lud alle 80-Jährigen der Stadt Zürich ein – Blatter kam als 80-Jähriger und zudem, wie er betonte, als Privatperson. Dennoch wies man ihm einen Platz am Ehrentisch zu, dort, wo auch Pro-Senectute-Stiftungspräsidentin Pedernana sass. «Ich begleitete ihn durch den Anlass», sagt sie. Sprachen die beiden «Ehemaligen» auch übers Berufliche oder gar Private? Ja, der Fussball sei Thema gewesen, sagt Pedernana, ohne Details zu nennen. Nur etwas verrät sie: Dieses Jahr sammle Blatter erstmals keine Panini-Bildli. *mpl*

IPW hat mehr Patienten

PSYCHIATRIE Die Integrierte Psychiatrie Winterthur-Zürcher Unterland (IPW) hat ihr Geschäftsjahr abgeschlossen. Die Patientenzahlen zeigen steil nach oben: 2949 Personen (plus 5,6 Prozent) wurden auf den neun Akut- und fünf Spezialstationen behandelt. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer sank deutlich und betrug im vergangenen Jahr 27,5 Tage, rund drei Tage weniger als 2014. Die Einzelkonsultationen und die Zahlen der Tagesklinik nahmen um jeweils rund 7 Prozent zu. Finanziell ergab sich ein Plus von 3,5 Millionen Franken. Mit 820 Mitarbeitenden, darunter 120 Lernende, ist die IPW einer der grössten Arbeitgeber der Region. Anfang Monat eröffnete sie in Glattbrugg ihren 15. Standort mit einem Ambulatorium für Erwachsene, einer Tagesklinik, Memory Clinic und Beratungsstellen. *miq*

«Soziale Zeitbomben» entschärfen

WOHNUNGSBAU Was es braucht, damit eine Neubausiedlung nicht zum toten Pflaster oder zu einer «sozialen Zeitbombe» wird, darüber wurde im Forum Architektur diskutiert.

«Keine sozialen Zeitbomben in Grossprojekten». Ein Thema mit Zündstoff, mit dem das Forum Architektur am Mittwochabend zu seiner Podiumsdiskussion lud, Stichworte Ghettoisierung, steigende Mieten und Verdrängungsprozesse. Ins Politische driftete die Debatte zwischen den zwei Architekten, einer Sozialgeografin und einem Immobilien-Portfolio-Manager zwar nur vereinzelt ab, dafür war sie umso vielschichtiger. Wie plant man eine neue Wohnüberbauung, in der sich alle wohlfühlen und ausleben können, die zahlbar ist für Alt und Jung? Wie eine Siedlung, die lebt, die nicht zu einem sterilen Fremdkörper verkommt und Freiräume bietet, drinnen wie draussen?

«Damit ein Quartier nicht zur sozialen Zeitbombe wird, muss es von allem bieten», befand Gastgeber Christoph von Ah. Die Giesserei und Neuhegi im Allgemeinen seien vielversprechende

Beispiele einer sorgfältig geplanten Überbauung – im Gegensatz zur Tössersee Steig, zum Maienried und Niederfeld in Wülflingen und zum Quartier Im oberen Gern in Hegi. In Kurzreferaten skizzierten die vier Podiumsgäste mögliche Ansätze und aktuelle Problemfelder bei der aktuellen Siedlungsplanung.

Für wen wird gebaut?

Wer zieht überhaupt in Neubauten? Vor allem Familien und junge Paare, nicht aber die älteren Leute, wie eine statistische Auswertung der Sozialgeografin Corinna Heye ergeben hat. Der Grund: Es werden vor allem 4- und 4½-Zimmer-Wohnungen gebaut, aber wenig kleine. «Damit wird man weder dem demografischen Wandel gerecht noch schafft man eine altersmässige Durchmischung», sagt sie. In Seen etwa seien gewisse Quartiere massiv überaltert. Auch die Genossenschaften seien

gefordert, entsprechende Angebote zu schaffen.

An einen unkonventionellen Leitsatz hält sich der Architektursoziologe Joris Van Wezemael, der für die Anlagestiftung Pensimo gewinnorientiert in Immobilien investiert: «Schwierig ist gut.» Gut sind die Voraussetzungen für ein gutes Bauprojekt folglich, wenn die Widerstände dagegen gross und vielfältig sind. «Man ist gezwungen, den lokalen Kontext genau abzustecken und so zu planen, dass es für alle stimmt, Bewohner und Gemeinde.» Beispielhaft dafür sei eine Wohnsiedlung in Winkel im Flughafengebiet, die nun teils abgebrochen und erweitert wurde.

Dafür, dass Freiräume in einer Siedlung einen konkreten Mehrwert bringen müssen, plädierte die Architektin Kornelia Gysel. Das Hunziker-Areal in Zürich-Oerlikon – die Kehrlichtverbrennungsanlage in Sichtweite – mit seinen rund 1000 Bewohnern sei durch seine mobile Durchlässigkeit, die vielen Plätze und die gewerbliche EG-Nutzung von An-

fang an belebt worden. «Wir haben keine Siedlung geplant, sondern ein Quartier.»

Ihr Kollege Andreas Wirz wies auf einen gegenläufigen Trend im Wohnungsmarkt hin: Die Zinsen sinken, die Mieten steigen. Ein wahrer Immobilien-Hype herrsche derzeit. «Alles drängt derzeit auf den Markt. Es ist absurd!»

Die Moderatorin Karin Salm lenkte den Blick wieder auf Winterthur. «Hat man beim Werk 1 an eine gesunde altersmässige Durchmischung gedacht bei einem 4-Prozent-Anteil an 1-Zimmer-Wohnungen?» Die Antworten fielen ausweichend aus. Wirz erinnerte an die 2000-Watt-Ziele, an denen sich auch die Wohnbaugenossenschaften orientierten, und an ihren «Familienauftrag». Wollte man günstigen Wohnraum schaffen, müsse man Abstriche bei der Wohnfläche pro Person machen.

Dass Läden im EG ein Quartier tatsächlich beleben können, davon waren alle überzeugt. Nur: Häufig sei das Konzept nichts wert, die Flächen würden falsch bespielt und die Quartiergemein-

schaftsräume häufig gar nicht. Denn was der Planer plane, setze der Verwalter oft nicht um. «Hier muss ein Investor bereit sein, nach finanzierbaren Modellen zu suchen», forderte Van Wezemael.

«Warum noch Rendite?»

Warum überhaupt renditeorientiert bauen, wo es doch die vielgelobten Wohnbaugenossenschaften gebe, wollte ein Zuhörer wissen. «Haben Sie eine Pensionskasse?», fragte Van Wezemael zurück. Und Wirz betonte, was den Genossenschaften tatsächlich Bauchweh mache: das Stockwerkeigentum. «Die Leute sind bereit, dafür monatlich doppelt so viel zu zahlen wie für die Miete.» Das treibe die Bodenpreise in die Höhe. «Und weil die Eigentümer oft zu wenig Geld für den Unterhalt zur Seite legen, zerfallen die Häuser.»

Unsorgfältige Quartierplanung sei auch in Winterthur zu beobachten, doch gefährliche «soziale Zeitbomben» ticken hier nicht, da war man sich einig.

Till Hirsckorn



Wann ist eine Wohnüberbauung gut geplant? Als vorbildlich gilt die Giesserei (links), als mangelhaft gelten die Siedlungen Im oberen Gern in Hegi (oben) und Maienried in Wülflingen (unten). Heinz Diener

Handy am Steuer: Autofahrer beteuert vergeblich seine Unschuld

JUSTIZ Das Obergericht bestätigt das Urteil gegen einen Autofahrer, der auf der A1 bei Winterthur mit dem Telefon in der Hand eine Zivilstreife überholt hat.

Es war am 1. Dezember 2014, als auf der Autobahn bei Winterthur in Richtung Zürich um die Mittagzeit ein reges Verkehrsaufkommen herrschte. Ein heute 39-jähriger Automobilist setzte kurz nach 13 Uhr zu einem Überholmanöver an und fuhr mit rund 110 km/h an einem zivilen Fahrzeug der Kantonspolizei Zürich vorbei. Dabei fiel den beiden Verkehrsbeamten auf, dass der Lenker ein Mobiltelefon in der rechten Hand hielt.

Die Polizeibeamten begannen nun den fehlbaren Autohalter zu beobachten und stellten weitere Delikte fest. So wechselte er in der Folge zweimal die Fahrspur, ohne den Blinker zu betätigen. Nach über einem Kilometer

sahen die Belastungszeugen, wie der Italiener erneut mit seinem Handy hantierte. Dabei soll er bis zu sechs Sekunden auf sein Nattel geschaut haben.

Polizei war glaubwürdiger

Sowohl für das Statthalteramt des Bezirks Winterthur als auch später für das Bezirksgericht Winterthur war der Fall klar. Beide Instanzen verurteilten den Handyfahrer nacheinander wegen Vornehmens einer Verrichtung, welche die Bedienung des Fahrzeugs beeinträchtigt, sowie wegen Unterlassens der Richtungsanzeige zu einer Busse von jeweils 600 Franken. Zum Unwillen des Verkäufers, der Berufung einlegte und dabei jegliches Halten des Handys bestritt.

Dabei lastete er den beiden Polizisten falsche Beobachtungen an. So hätten diese aufgrund der Sichtverhältnisse gar nicht sehen können, ob er ein Telefon in der Hand gehalten habe. Be-

sonders, da die Staatsdiener in einem tiefer gelegenen Kombi unterwegs gewesen seien. Sie hätten deshalb durch seine leicht getönte Fensterscheibe bestenfalls seinen Oberkörper bis zum obersten Drittel des Lenkrades erkennen können, erklärte er gegenüber dem Obergericht.

Der Gang an das Obergericht entpuppte sich für den Beschuldigten als Flop. «Es besteht kein Grund, an der Glaubhaftigkeit der Zeugenaussagen zu zweifeln», ist dem jetzt eröffneten schriftlichen Urteil zu entnehmen. Die Oberrichter stützten sich dabei auf die polizeiliche Videoaufzeichnung über den Beschuldigten ab. Als einziges Trostpflaster senkte das Obergericht die Winterthurer Busse von 600 Franken auf neu 450 Franken. Demgegenüber stehen aber die happigen, bisher angesammelten Gerichtskosten, die sich bereits insgesamt auf rund 3500 Franken belaufen. *Attila Szenogrady*

Standortförderung warnt vor der GLP-Initiative

ABSTIMMUNG Trotz Kritik an der «Einmischung» in die Politik ist die Standortförderung auch vor der Abstimmung vom 5. Juni aktiv.

Die Standortförderung Region Winterthur lehnt die Initiative «Schaffe und Wohne z Winterthur» der Grünliberalen ab. Die Initiative für mehr Arbeitsplätze schiesse «am Ziel vorbei», schreibt die Standortförderung in einer Medienmitteilung.

Die politische Intervention des Vereins, der sich zu gut einem Drittel aus städtischen Steuergeldern finanziert, dürfte den linken Parteien in der Stadt erneut sauer aufstossen. Sie monierten bereits bei der letzten Budgetdebatte im Gemeinderat, dass sich die Standortförderung vermehrt «in die öffentliche Meinungsbildung» einmische. Dafür sei der Verein, an dem auch das Gewerbe sowie umliegende Gemeinden beteiligt sind, nicht gedacht.

Dass die Standortförderung bei wirtschaftspolitischen Vorlagen eine Parole beschliesse und kommuniziere, sei schon seit Jahren so, sagt hingegen Geschäftsführer Michael Domeisen. Darin wurde er bei der Budgetdebatte denn auch von bürgerlicher Seite bestärkt. Das sei auch kein Verstoß gegen die Vereinsstatuten, in denen eigentlich die politische Neutralität festgeschrieben ist, sagt Domeisen: «Wir sind parteipolitisch neutral, aber natürlich nicht sachpolitisch.»

Inhaltlich kritisiert Domeisen vor allem die von der GLP vorgeschlagene Messgrösse. «Die starre Festsetzung der Arbeitsplatzdichte ist gefährlich. Falls irgendwann die Anzahl Arbeitsplätze abnimmt, müsste die Stadt ja künstlich den Wohnungsbau verlangsamen oder gar aufhalten.»

Die GLP-Initiative, die am 5. Juni zur Abstimmung kommt, wird bisher nur von den Grünen mitunterstützt. *mpl*

Vorwärts kommen!

Kombi: «Für eine faire Verkehrsfinanzierung» Postfach 47, 3000 Bern 22

JA
am 5. Juni

faire-verkehrsfinanzierung.ch

Natalie Rickli
Nationalrätin SVP

„Um Strassenprojekte zu finanzieren, will das Parlament den Benzinpreis erhöhen. Das finde ich falsch. Die Initiative für eine faire Verkehrsfinanzierung gewährleistet, dass das bereits vorhandene Geld künftig richtig eingesetzt wird. Darum stimme ich Ja!“